

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Druck u. Verlag von Carl Neubauer in Dresden.
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M.
vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligen Verlegen
12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter
Etelten u. Wohnungsanzeigen, 1 spaltige Anz. u. Verkäufe 25 %., Bezugsgebühren laut
Tarif. Unzulässige Anzeigen gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Carl Neubauer in Dresden.
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamener J. A. BRUNO Kamener
Straße KÖNIG Straße 27
Straßenbahn 5 Telefon 22667

Bergmanns Zahnpaste
Rosodonf
im Gebrauch die billigste
Überall erhältlich

Blesch-Weinstuben
Prager Straße
Täglich: Künstler-Konzert
Gute Küche / Gutgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte“.

Ende des Eisenbahnerstreiks.

Wiederaufnahme der Arbeit Donnerstag früh 6 Uhr.

In einer am gestrigen Mittwoch nachmittag im Krallpalast (Dresden) abgehaltenen Eisenbahner-versammlung haben sich nach hundertstündigen Beratungen 1500 Eisenbahner für die Wiederaufnahme der Arbeit am Donnerstag früh 6 Uhr erklärt; nur 88 Stimmen wählten Fortsetzung des Streiks. Auch in einer Parallelversammlung im Volkshaus wurde mit 700 gegen etwa 80 Stimmen beschlossen, den Streik abzubrechen. Eine abends abgehaltene Versammlung der Belegschaft des Hauptbahnhofes stimmte den Beschlüssen der beiden vorgenannten Versammlungen zu. Die Eisenbahnverwaltung gab die Zusage, daß Maßnahmen wegen des Streiks nicht stattfinden sollen. Da in den Dresdner Versammlungen auch die Vertreter der Eisenbahner von Leipzig, Chemnitz und Zwickau anwesend waren, um nach dem Ausfall der Dresdner Abstimmung ihre Kollegen zu informieren, dürfte ein Streikabbruch auch in diesen Städten zu erwarten sein. Es wird demnach heute, Donnerstag, früh 6 Uhr, der Eisenbahnbetrieb überall in vollem Umfang wieder aufgenommen werden können.

Die Bezirksleitung Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes teilt uns noch folgendes mit: Der unorganisierte Streik der Dresdner Eisenbahner ist als beendet anzusehen. Von Zwickau traf am Mittwochabend der Vorstehende der dortigen Bezirksleitung ein. Er überzeugte sich davon, daß auch in Zwickau mit Fallmeldungen gearbeitet worden ist, so daß es dort auf Grund dieser Fallmeldungen zur Wieder-

legung der Arbeit kam. Der Vertreter erklärte, daß nunmehr in der am Donnerstag voramittags 1/2 Uhr in Zwickau stattfindenden Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen werden würde. Der Betriebsdienst soll am Donnerstag mittag voll aufgenommen werden. Damit wird der Zugverkehr hergestellt. Die Zwickauer Betriebsrat wird im Freitag früh die Arbeit wieder aufnehmen. In der Hauptwerkstatt Engelsdorf meldeten sich bereits am Mittwoch nachmittags 1/2 Uhr etwa 150 Bedienstete zur Arbeit. Der Betriebsdienst hat in Leipzig die Arbeit überhaupt nicht eingestellt. Aus Leipzig erschienen am Mittwoch ebenfalls zwei Vertreter in Dresden und erkundeten den tatsächlichen Stand der Lage. Sie haben sich ebenfalls davon überzeugt, daß die Arbeit in der Werkstat Engelsdorf sofort wieder voll aufgenommen ist und werden dafür in einer am Mittwochabend stattfindenden Versammlung sorgen.

Zum Streikbeschluss der Berliner Eisenbahner.

Berlin, 25. Jan. In den Nachrichten über die Stellung eines Ultimatum der Berliner Eisenbahnenbeamten an die Regierung erklärt die „B. Z.“ am Mittwoch, daß es sich um den Beschluss von 150 Vertretern der etwa 5000 Mitglieder zählenden Fachgruppe technischer Eisenbahnenbeamter Berlins handelt. Auf Grund dieses Beschlusses wird sich die Vertretung der Berliner Eisenbahnenbeamten nunmehr mit dem Vorentwurf ins Einvernehmen setzen. Dieser enthält neue Verhandlungen mit der Regierung bereits an. Eine unmittelbare Streikgefahr besteht demnach für den Berliner Eisenbahnbetrieb nicht. Die Berliner Eisenbahnenbeamten haben einen Aktionsausschuss gewählt, der innerhalb fünf Tagen eine befriedigende Erklärung der Regierung herbeiführen soll. (B. Z. V.)

Die Grundlage zur Einigung über das Steuerkompromiß.

Berlin, 25. Jan. Die „B. Z.“ und parlamentarischen Kreise erklären, daß der interfraktionelle Besprechung im Reichstag über das Steuerkompromiß, die nachmittags im Anwesenheit des Reichsschatzlers stattfand, eine Grundlage zur Einigung gefunden worden. Die Zwangsanleihe soll bis zu einer Milliarde Goldmark gehen und niedrig verzinst sein, wahrhaftig auch sofort realisierbar. Die Anleihe soll bis zum 1. Juli durchzuführen sein und das zweite Drittel des Reichsnotopfers soll die erste Anzahlung auf die Anleihe bilden. Der Reichstagsbeschluss, der morgen nachmittags um 3 Uhr beginnt, soll das Ermächtigungsgesetz für die Regierung in diesem Sinne vorgelegt oder wenigstens angeklagt werden. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion und der Fraktion der Deutschen Volkspartei steht noch aus. In parlamentarischen Kreisen wird mit Bestimmtheit erwartet, daß beide Fraktionen ihre Zustimmung geben werden.

Ueber die Einzelheiten des vereinbarten Steuerkompromisses wird noch gemeldet: Die Zwangsanleihe soll besonders deshalb niedrig verzinst werden, um den Anleihegebern die Möglichkeit zu lassen, ihr überschüssiges Geld durch Anleihe anzunehmen. Die Veranlagung zur Zwangsanleihe erfolgt, soweit das möglich ist, auf Grund des Veranlagungsverfahrens über das Reichsnotopfer, solange die neue Vermögensveranlagung noch nicht durchgeführt ist. Bei der Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers soll es bei der Beschränkung auf 40 Prozent nach der Regierungsvorlage verbleiben. Die Zuschläge zur Vermögenssteuer werden auf 200 Prozent anstatt auf 300 Prozent senkrecht. Bei der Vermögenssteuer wird der sogenannte mittlere Tarif durchgeföhrt. Die Nachkriegsgewinnsteuer fällt fort. Ueber die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Grundbesitzer nach dem Extrazins wird durch die Abstimmung im Plenum entschieden werden. Schließlich soll der Reichsschatzler die Erklärung abgeben, daß sämtliche Steuererlässe mit ihren Tarifen nachgeprüft werden sollen, so und inwieweit die Steuererlässe dem heutigen Geldwert noch entsprechen. (B. Z. V.)

England und die deutsche Steuerkrise.

London, 24. Jan. Die englische öffentliche Meinung beschäftigt sich lebhaft mit den Schwierigkeiten, die der Regierung durch die Steuerfrage entstanden sind. Man hält hier einen baldigen Kabinettswechsel nicht für ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang ist eine Mitteilung des Berliner Korrespondenten des „Lloyd-George-Blatt“, „Daily Chronicle“ von Interesse. Dieser Korrespondent hat voraus, daß sehr bald der Abgeordnete Strete mann an Stelle Sir W. Reichsminister werden würde. Ab dann würde dem Sinne ausföhrenden Einfluss auf die deutsche Regierung haben. Frankreich werde es auf einen Kampf zwischen Poincaré und Strete über die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent ankommen lassen. Die Aussichten auf eine wirtschaftliche Erholung Europas würden dadurch eine horre Beeinträchtigung erleiden. (United Tel.)

Das französische Wiederaufbauprogramm.

Paris, 25. Jan. Der neue Minister für die befreiten Gebiete Reichel hat sich heute vormittag zu Pressevertretern über sein Wiederaufbauprogramm ausgesprochen. Er versicherte, den Wiederaufbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten beschleunigen zu wollen.

wollen. Finanzminister De Lanterrie habe bereits die Gewähr gegeben, daß das Wiederaufbauprogramm der vorangegangenen Regierung durchgeführt werden könne. Der Minister rechnet vor allem auf die Unterstützung der privaten Industrie. Er habe dem Verträge der Sachlieferungen, den sein Vorgänger Poincaré in die Wirklichkeit umzusetzen begonnen habe, durchaus freudlich entgegenüber. Die Abmachungen, die zurzeit noch der Prüfung der allierten Regierungen unterliegen, würden die wünschenswerten Vorkehrungen enthalten, um die französische Industrie nicht zu schädigen. (B. Z. V.)

Die gefährdeten englisch-französischen Beziehungen.

London, 25. Jan. Der Pariser Berichterstatter der „Daily News“ weist darauf hin, daß bei Ableitung der französischen Note eine gewisse Beforgnis bemerkbar gewesen sei. Die Anhänger Poincarés haben, daß die künftigen Beziehungen mit Großbritannien in Gefahr ständen. „Daily-Telegraph“ berichtet, daß Poincaré Anfraktionen an den französischen Vorkämpfer in London, dagegen keine Note sandte, damit die Verhandlungen mit einer gewissen Flexibilität geführt werden könnten. (B. Z. V.)

In der „Daily-News“ schreibt Generalmajor Maurice: Nach der Ansicht Frankreichs sei die Sicherheit durch die Maßnahmen zu erlangen, nach der Ansicht Englands jedoch durch Restriktionen. Der Pariser Berichterstatter der „Daily-Telegraph“ hinterläßt die Ausständigung der vertraulichen britischen Vorschläge an die Türkei, die Briand kürz vor seinem Rücktritt unterbreitet worden waren, und ihre Veröffentlichung mit den französischen Gegenvorschlägen in Konstantinopel einen peinlichen Eindruck in London. Dies sei kein gutes Vorzeichen für die Verhandlungen, die am 1. Februar zwischen den Ministern des Reichens von Frankreich, Italien und Großbritannien beginnen sollten, obgleich natürlich niemand Poincarés die Verantwortung für die Indiskretion aufschlebe, die von der vorigen französischen Regierung begangen wurde. (B. Z. V.)

Dr. Simons in Wien.

Wien, 25. Jan. Auf Einladung der Zoologischen Gesellschaft hat heute abend der frühere Reichsminister des Reichens Dr. Simons einen Vortrag über das Thema „Internationale Rechtsangelegenheiten unter besonderer Berücksichtigung von Deutschland und Österreich“ gehalten. Nach Begrüßung des Vortragenden blieb der Vorsitzende Professor Rudo Hartmann in der Gesellschaft zum ersten Male als deutscher Gesandter erschienen. Dr. Feiffer herzlich willkommen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der der Schöpfer der österreichischen Anleiheprozedur Dr. Franz Klein betonte, daß die Rechtsangelegenheiten nur eine Vorstufe der Rechtsbeilegung sein dürfe, die ihr Fehlen nur in der Rechtsbeilegung finden könne, die alle erfordere. In diesem Sinne sei die Rechtsangelegenheiten nicht nur eine Frage des Rechts, sondern des Volkes und somit eine Lebensfrage für Österreich. (B. Z. V.)

Auf dem Wege zum Steuerkompromiß?

Am Freitag mittag 12 Uhr müssen mit nach der letzten Entscheidung der Reparationskommission dem Obersten Rate ein umfassendes Programm über die endgültige Sanierung der Reichsfinanzen, über Maßnahmen zur Beendigung der Inflation und über ein durchführbares Reparationsabkommen für 1922 vorliegen. Bis Freitag müssen wir also Stellung darüber abgeben, was bisher in bezug auf die inneren Finanzen geschehen ist, und sollen wir selbst angeben, wieviel wir an Reparationen leisten können. Statt daß nun diese gewaltige Aufgabe durch ausgiebige sachliche Beratungen der Volksvertreter und der maßgebenden wirtschaftlichen Faktoren vorbereitet wurde, sind wir heute, 24 Stunden vor Ablegung des wichtigen Plans, glücklich so weit, daß man von einer Einigungsgrundlage über das Steuerkompromiß sprechen kann, daß die allererste Voraussetzung für jeden Reparationsplan, die Gestaltung des neuen und doch so alten Steuerprogramms wenigstens die Aussicht auf eine Verwirklichung der Vorlagen erkennen läßt. Fürwahr ein lehrreiches Beispiel, wie der deutsche Parlamentarismus arbeitet. Wie immer, hat sich auch hierbei das alte traurige Schauspiel wiederholt, daß alles bis auf den letzten Augenblick verschoben wird, daß die übliche Regierungskrise daraus entsteht, die Parteien sich in endlosen Beratungen verketten und letzten Endes unter dem Druck der augenblicklichen Notwendigkeit, von dem drohenden Staatsbankrott, Beschlüsse gefaßt werden, die die allerwichtigsten Maßnahmen für das deutsche Wirtschaftsleben und für das ganze deutsche Volk bedeuten. So war es, als das Kabinett Beth als Verlegenheitsregierung zur Unterwerfung unter das Londoner Diktat gezwungen wurde, so war es, als es in der obersteilischen Krise, endlich von niemand außer den Sozialisten gewünscht, aufs neue erkand, und so ist es heute, wo ein neuer von der Sozialdemokratie mit der Erlassung der Sachwerte geordneter gewaltiger Herab der deutschen Wirtschaft, wenn überhaupt, so doch nur unter großen Opfern der bürgerlichen Parteien im letzten Augenblick vermieden werden kann. Das Mittel zur Durchföhung der unannehmbaren sozialistischen Forderungen sollte die unsterbliche Zwangsanleihe bilden, unter der sich eigentlich jede Partei etwas anderes vorstellte und die darum zunächst als ein gangbarer Weg zu einem Ausgleich zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, den beiden Trägern der Regierungsgewalt angesehen wurde. In den letzten Tagen aber haben die Mehrheitssozialisten das wiederholte Bild ihrer Zwangsanleihe entworfen und den überbrückenden bürgerlichen Parteien die sogenannte Zwangsanleihe als das gezeigt, was sie nach seiner Ansicht sein sollte: ein neues Gewand für den alten Plan der Erlassung der Sachwerte.

Mancherlei Wandlungen hat die sozialistische Forderung seit ihrem Aufstehen durchgemacht, der Kern ist derselbe geblieben: die Veranlagung des deutschen Produktionsvermögens zur Reparation, also Schwächung der deutschen Produktionsmöglichkeiten um einer augenblicklichen Erleichterung willen. Das wollte der ursprüngliche Plan der Goldhypothek, der den Wirtschaftsminister Robert Schmidt zum Vater hat und der eine Projektion der hypothetischen Verteilung des Reiches an allen Sachwerten, d. h. an allen industriellen, gewerblichen und Handelsunternehmungen, an ländlichen und städtischen Grundbesitz vorschlag, das wollten die Linksparteien, als sie den großzügigen Kreditplan der Industrie in das künftliche Zwangsangebot der Kreditgemeinschaften nach Art der Unfallversicherungsanstalten hineinzupressen suchten, das will endlich jetzt die sozialistische Forderung der Zwangsanleihe, die ausdrücklich wieder auf den hohenburschen Entwurf der Kreditgemeinschaften zurückgreift und damit die Gesamthaltung der Vermögensgesellschaften für die Verpflichtungen der einzelnen Betriebe einföhren möchte. Immer dasselbe Ziel. Das Reich soll seine Anteilansprüche an alle Sachwerte erhalten. Und das Reich mit allen seinen Einnahmen, mit all seinem Besitz für die Erfüllung der unendlichen Reparationsverpflichtungen haften, so würde damit bei treuender Zahlungsverpflichtung das deutsche Produktionsvermögen dem Eintriff der Entententäubler offen stehen. Darüber kommt man nicht hinweg wie man auch die Sache verknüpft. Der „Vorwärts“ hat nunmehr auch offen Karbe bekannt, indem er schreibt: „Die Sozialdemokratie ist damit einverstanden, daß die von ihr geforderte Erlassung der Sachwerte zunächst in der Form einer Zwangsanleihe erfolgt.“ Der „Vorwärts“ gibt damit an, daß der sozialistische Zwangsanleihe-Vorschlag nichts anderes darstellt, als die Erlassung der Sachwerte, die bisher von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt worden ist. Mag auch die ganze Form der Zwangsanleihe den Sozialisten noch nebelhaft erschienen sein, so fand das Ziel nach den letzten Erklärungen der sozialistischen Vertreter in den Fraktionsverhandlungen einwandfrei fest. Zunächst sollte die „Anleihe“ auf fünf Jahre völlig unverzinst bleiben und selbst nach Ablauf dieser Frist sollte nicht etwas der Zins- und Tilgungsplan des hohenburschen Weltentwurfs in Kraft treten, sondern die Industrie sollte die Amortisation selbst übernehmen! Dann man